

Exklusiv-Interview mit Prof. Dr. Peter Glotz

Direktor am Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement der Universität St. Gallen

Die gegenwärtige rasante Entwicklung zur globalen Informationsgesellschaft analysieren Sie als „digitalen Kapitalismus“. Was sind die Hauptmerkmale der digitalen Ökonomie oder des „digitalen Kapitalismus“ und was bedeutet das für die Menschen?

Peter Glotz: Ich spreche immer von Globalisierung, Dezentralisierung, Dematerialisierung und Beschleunigung. Kapitalbewegung, Kapitalverwertung und auch Kapitalvernichtung spielen in der heutigen Marktwirtschaft eine zentrale Rolle. Der Fortschritt der Kommunikations- und Verkehrsmittel in den letzten Jahrzehnten hat die Geschwindigkeit der Zirkulation von Rohstoffen, Produktion, Kapital und Arbeit enorm erhöht. Die vielfältigsten neuen digitalen Technologien verändern auch die Beziehungen der Menschen untereinander.

Das bedeutet vor allem, dass es einen größeren Druck gibt. Das hängt vor allem mit der Globalisierung zusammen, auch mit der Beschleunigung. Und auch, dass wir Arbeitsmarktprobleme haben. Die Dematerialisierung, oder anders gesagt, die Tatsache, dass unsere Dienstleistungen immer wissensintensiver werden, verlangen sehr gut ausgebildete Menschen, und nicht alle Menschen sind das. Bei manchen kann man das nachholen, bei vielen aber nicht, und dadurch entsteht eine strukturelle Arbeitslosigkeit. Also auch wenn wir eine größere Auslastung unserer Kapazitäten hätten, eine größere Nachfrage, würden viele Menschen übrig bleiben, die keinen Job finden. Eine sogenannte „Mismatch-Arbeitslosigkeit“. Wir hätten auf der einen Seite Arbeitslose und müssten

trotzdem qualifizierte Leute einführen, importieren, weil die, die arbeitslos sind, die Jobs, die frei wären, nicht können.

Wohin führt dann die beschleunigte Gesellschaft in der digitalen Ökonomie – sozusagen im Inneren der Gesellschaft? Zur Spaltung?



Prof. Dr. Peter Glotz

Peter Glotz: Spaltung ist ein großes Wort. Wenn Sie so wollen, dann ist Amerika seit Jahrzehnten gespalten und irgendwie sind sie trotzdem noch die stärkste Nation der Welt. Aber natürlich führt das in der Tat zur, ich nenne das „Zwei-Drittel-Gesellschaft“. Wir haben also zwei Drittel, denen es relativ gut geht, die sich aber an diese Bedingungen anpassen und anpassen müssen und ein sogenanntes drittes Drittel, denen es relativ schlecht geht. In der Tat ist es ja auch das, was wir derzeit wahrnehmen. Da sind eine Reihe von Menschen, z. B. drei Millionen Sozialhilfeempfänger in Deutschland, die gar nicht hundertprozentig identisch sind mit

den Arbeitslosen und dann sechs Millionen Arbeitslose und nicht nur vier usw. In der Tat, ich will das große Wort Spaltung nicht gebrauchen, aber diese Polarisierung gibt es.

Bekommt in diesem Zusammenhang der Nationalstaat, die Entwicklung der Staatlichkeit im Allgemeinen, in der digitalen Ökonomie zu Beginn dieses Jahrhunderts eine neue Bedeutung? Etwa in der Europäischen Gemeinschaft?

Peter Glotz: Der Nationalstaat ist insgesamt zwar geschwächt. Richtig. Das hängt mit der Globalisierung zusammen. Aber er existiert noch. Und dem hat etwa der Konvent zur Zukunft Europas Rechnung getragen, indem er die Nationalstaaten zur Basis sozusagen der Europäischen Union gemacht hat. Es gibt keine Kompetenz „Kompetenz Europa“. Das ganze ist ein Vertrag, diese Verfassung, zwischen 25 Nationalstaaten. Also: Natürlich gibt es noch eine erhebliche Bedeutung des Nationalstaates. Denken Sie an die Sozialpolitik. Denken Sie an die Außen- und Sicherheitspolitik. Es gibt eine ganze Reihe von Bereichen, in denen der Nationalstaat noch eine wesentliche Rolle spielt. Aber, verglichen etwa mit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts, ist er durchaus geschwächt.

Wir haben heute schon die Tendenz, dass wissensintensive Jobs zunehmen, produktive Jobs, - also die stoffliche Bearbeitung von Dingen – abnimmt. Zumindest in den Industrieländern. Welche Wirkung (oder Gefahr) gerade auch unter ökonomischen Aspekten der Globalisierung birgt diese Entwick-

lung? Auch in Bezug auf die Austauschverhältnissen gegenüber den ärmeren Ländern dieser Erde?

Peter Glotz: Bei uns in den Diskussionen wird manchmal so getan, als ob es bald gar keine Industrie mehr gäbe und die Industrie so unwichtig wird wie die Landwirtschaft. Unwichtig in dem Sinne, einen so kleinen Prozentsatz von erwerbstätig Beschäftigten zu haben. Davon kann natürlich keine Rede sein. Und das ist auch gar kein anstrebenswertes Ziel. Ich bin sehr dafür, dass wir weiterhin eine vernünftige Maschinenbauindustrie, Automobilindustrie, Chemieindustrie behalten. Deutschland und Japan beispielsweise gehen auch durchaus diesen Weg. Also, ich beklage es nicht, dass wir hier noch mehr Industriebeschäftigung haben als die Amerikaner.

Aber zu den Entwicklungsgesellschaften, vor allem zu den Schwellenländern verändert sich das Verhältnis insofern, dass natürlich immer mehr in Billiglohnländern produziert wird. Das hat durchaus auch für uns Vorteile. Weil Firmen, die in Polen oder in Indien präsent sind, natürlich auch stärker auf die entsprechenden Märkte gehen können. Und weil die Menschen dann dort mehr Geld verdienen und auch bei uns mehr Güter kaufen können. Insgesamt würde ich gegen diesen „Export“, also die Verlagerung von Produktionen in andere Teile der Welt, gegen den man im Einzelfall natürlich oft protestiert, nicht sprechen. Es wird ein intensiveres Verhältnis der Arbeitsteilung geben, wobei man allerdings wissen muss, das bezieht sich auf Schwellenländer. Mit schwarzafrikanischen Ländern beispielweise findet da relativ wenig statt und dort bleibt es dann so arm, wie es war.

Verlangt die Wissensgesellschaft oder vielleicht präziser der digitale Kapitalismus, einen neuartigen Gerechtigkeitsbegriff?

Peter Glotz: Ich glaube, notwendig ist, dass diese populäre Identifizierung von Gerechtigkeit und Gleichheit hinterfragt wird. Diese Identifizierung, die produziert auch kein Philosoph. John Rawls oder Jürgen Habermas wissen natürlich genau den Unterschied. Aber wenn Sie so die politischen Diskussionen anhören über die Prämien, über die Managergehälter im Allgemeinen, und Sie dann eine große Boulevardzeitung lesen, wo dann verglichen wird, was verdient im Monat ein bestimmter Manager und was verdient eine Frisöse im Monat – dahinter steckt ein falscher Gerechtigkeitsbegriff. Wenn Sie einen erfolgreichen Kapitalismus haben wollen, brauchen Sie eine bestimmte Spreizung der Gehälter. Sonst kommen Sie nämlich zum Gerechtigkeitsbegriff der DDR. Da hat in der Tat Herr Honecker als Oberster nur einen sehr viel geringeren Multiplikationseffekt gehabt als heute Schrepp oder sonst irgend jemand. Aber das ist nicht die ideale Gesellschaft. Das muss man begreifen. Wir brauchen Produktivitätswachstum und Innovation, das heißt, eine dynamische Gesellschaft – keine statische. Darüber gibt es natürlich Kontroversen.

Wie ist eigentlich zu erklären, dass trotz des rasanten Tempos der gesellschaftlichen Entwicklung in den Industrieländern, der Abbau von staatlicher Bürokratie dieser Beschleunigung nicht in jedem Fall entspricht?

Peter Glotz: Einerseits gibt es schon Abbau von Bürokratie. Nehmen sie die Deregulierungen von Telekom und Post. Das hat Erhebliches bewirkt. Es gibt durchaus die Tendenz zum schlankeren Staat in der einen oder anderen Gesellschaft.

Aber Sie haben Recht. Insgesamt gibt's dagegen natürlich heftige Widerstände. Das hängt in Deutschland zum Beispiel mit dem Berufs-

status zusammen. Ich meine, da hat man irgendwelche Leute irgendwann mal eingestellt und ihnen das Versprechen auf Lebenszeitbeschäftigung gegeben. Das muss man selbstverständlich halten. Und dann kann man die Leute nur, wie die Telekom das tut, in eine Personalserviceagentur ausgliedern und versuchen, sie auszuleihen. Aber man kann sie nicht entlassen. Und da sich die Gewerkschaften natürlich auch mit aller Gewalt dagegen stemmen, darf man sich nicht wundern, dass das alles nicht so schnell geht, wie manche Leute sich das erhoffen. Im Übrigen muss man natürlich

Roman Herzog/Stephan Hobe (Hrsg.)
Die Europäische Union auf dem Weg zum verfassten Staatenverbund: Perspektiven der europäischen Verfassung



Verl.: C. H. Beck,
München 2004,
227 S., 38,- €,
ISBN:
3-406-52093-6

Der Tagungsband fasst die Diskussionen um die Europäische Verfassung und ihre Inhalte sieben Monate nach Einsetzung des Brüsseler Konvents zusammen. Das in Köln unter Beteiligung des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog und weiterer Wissenschaftler abgehaltene Symposium richtet sein Hauptaugenmerk auf die zukünftige Gestaltung sowohl der Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten als auch der zwischen den Organen der EU. Weiter wurden die Zukunft einer Europäischen Grundrechtskonzeption diskutiert und die Perspektive der Beitrittsländer zur Verfassungskonzeption vertieft. Die Beiträge haben ihre Aktualität auch nach der Verabschiedung des Verfassungsentwurfs durch den Verfassungskonvent nicht verloren.

sehr die Frage stellen, ob in einer Situation, wie wir sie jetzt haben – mit 80 % Kapazitäten fahren wir die deutsche Wirtschaft – noch viele Beschäftigte im Öffentlichen Dienst entlassen werden sollen. Vor allem auch solche mittleren Alters. Da steht die Frage, was kommt dann. Die müssen ja irgendwo unterkommen. Und wenn wir sie dann, sozusagen über Arbeitslosengeld und Sozialhilfe bezahlen müssen, ist das ein fragwürdiger Handel.

Fördert das Internet, bzw. die vernetzte Zukunft, die Demokratie? Befinden wir uns in einer Transformation hin zu mehr direkter Demokratie?

Peter Glotz: Das kommt darauf an wo. Also ich bin sehr für die direkte Demokratie in der Schweiz, die ich hier erlebe. Aber die kann

man natürlich nicht auf große Flächenstaaten übertragen. Ich glaube schon, dass mit Hilfe des Internets Abstimmungen, Volksabstimmungen, vergleichbare Prozeduren leichter abwickelbar sind als in der Vergangenheit.

Man darf das allerdings auch nicht übertreiben. Es gibt schon seit vielen Jahrzehnten Briefwahl. Sicher ist es noch leichter, auf eine Taste auf dem PC zu drücken, als einen Brief abzuschicken. Die Möglichkeit indirekter Beteiligung bei demokratischen Prozessen hat es immer schon gegeben. Deswegen würde ich diesen Aspekt „Wahlen“ nicht in den Vordergrund stellen.

Aber Sie müssen sehen, das Internet bietet natürlich die Möglichkeit einer viel schnelleren und umfassenden Information. Zum Beispiel bei Gemeinden. Oder

auch beim Staat. Das schließt an die vorherige Frage an. Dort können Sie Formulare, aber auch Gesetze oder auch Bauplanungen und anderes runterladen. Das alles fördert sicherlich die Transparenz und die Demokratie. Vorausgesetzt, dass die Staaten die technischen Möglichkeiten, die es gibt, auch nutzen. Was derzeit noch in sehr geringem Umfang der Fall ist. Jede Gemeinde hat eine Website, aber was die da drauf stellen, ist meistens ziemlich banal. Bis auf irgendwelche Modellgemeinden. Also insgesamt würde ich Ihre Frage mit „ja“ beantworten. Würde aber darauf hinweisen, das verlangt Investitionen und das verlangt die Bereitschaft der Administrationen, diesen Tendenzen Raum zu geben und diese nicht zu überfahren.

Das Interview führte Jürgen Klocke